

Mainz, den 15. Januar 2001

009/2001

## **Beschluss des Bundesvorstandes**

### **Riesters Rentenpläne sind nach wie vor nicht akzeptabel**

Die Koalition hat ihr bisheriges Rentenkonzept wieder einmal grundlegend überarbeitet. Dennoch bleiben nach wie vor viele Fragen offen. Manche Vorschläge sind auch nach mehrmaligem Nachbessern immer noch unzulänglich. Der vorliegende Entwurf wird seinem Anspruch, das Rentensystem bis 2030 zukunftsfähig zu machen, in keiner Weise gerecht. Konzeptionell in sich nicht stimmig, handwerklich schlecht und im Blick auf das langfristige Rentenniveau falsche Erwartungen weckend soll es im Eilverfahren durch den Bundestag gepeitscht werden. Der Entwurf in der jetzigen Form ist daher nicht zustimmungsfähig.

- Die Regierung verheimlicht ihre Pläne zur Rentenbesteuerung. Sie muss ihre Pläne aber spätestens im Sommer aus der Schublade ziehen, wenn das Bundesverfassungsgericht in dieser Frage entscheidet. Schon dann ist das von der Bundesregierung berechnete Rentenniveau hinfällig. Eine neue Diskussion über die Zukunft der Renten ist vorprogrammiert. Die Union fordert die Bundesregierung auf, vom beabsichtigten Durchpeitschen der Rentenreform in den beiden Sitzungswochen im Januar 2001 Abstand zu nehmen. Der erzeugte Zeitdruck lässt eine ordnungsgemäße Beratung nicht zu. Der jetzt vorliegende Gesetzentwurf muss einkassiert und durch ein tragfähiges und substantiell verändertes Rentenkonzept ersetzt werden.

- Die von Riester vorgelegte Rentenformel ist willkürlich und manipuliert. Sie ist nicht demographisch legitimiert und daher dem „demographischen Faktor“ deutlich unterlegen. Bei der Höhe des Rentenniveaus wird weiter getrickst und getäuscht: 68 % bei Rot-Grün sind in Wahrheit nur 64 % des Nettoehalts.
- Die soziale Absicherung der Frauen ist nach wie vor völlig unzureichend. Frauen werden die Verliererinnen dieser Reform sein. Das Einfrieren des Freibetrages und das Anrechnen aller Einkünfte führt zum langfristigen Aus für die Hinterbliebenenrente. Kindererziehungsleistungen werden nur unzureichend berücksichtigt. Die von Riester vorgenommenen marginalen Verbesserungen zahlen Frauen und Familien durch gravierende Verschlechterungen an anderer Stelle.
- Die Ausgestaltung der zusätzlichen privaten Altersvorsorge ist ein bürokratisches Monster. Die private Vorsorge hat bei Riester keinen ergänzenden, sondern ersetzenden Charakter. Altverträge und Immobilien werden nach wie vor nicht gefördert. Die Menschen müssen bei ihrer privaten Vorsorge wieder bei Null anfangen.
- Die Regierung will eine leistungs- und beitragsfreie Grundrente zu Lasten der Kommunen einführen nach dem Motto: Wer vorsorgt, wird versorgt, wer nicht vorsorgt, wird auch versorgt. Die Einführung der Grundsicherung ist ein Etikettenschwindel: Die Menschen bekommen hierdurch keinen Pfennig mehr Geld.